



Ukrainische Soldaten an der Front.

Standpunkte

13. Mai 2024 | Seite 2

🕒 3 min.

Zwang ist der falsche Weg

Benjamin Lassiwe

Es ist eine Debatte, die erwartbar war: In dem Maße, in dem die Ukraine militärisch unter Druck gerät und die internen Rekrutierungskampagnen stoppen, geraten alle diejenigen wehrfähigen Männer in den Blick, die vor dem Krieg und dem drohenden Fronteinsatz ins Ausland geflüchtet sind. Sollen sie in die Ukraine zurückkehren? Sollen sie ihre Heimat verteidigen? Sollen sie gegen ihren Willen an die Front geschickt werden und für ihr Land ihr Leben riskieren?



Manche Äußerungen gerade von CDU-Landesministern der vergangenen Monate klingen so, als wäre die Antwort auf diese Fragen ein leises „Ja“. Es wird darüber spekuliert, dass Deutschland diesen Menschen ja keine Ersatzpapiere ausstellen dürfe – und da die Ukraine ihre Auslandsvertretungen angewiesen habe, wehrfähigen Männern im Ausland die Pässe nicht zu verlängern, müssten sie dann ja in ihre Heimat reisen.

Denn natürlich: Auch die Ukraine hat erhebliche Personalverluste bei ihrem legitimen Versuch, sich gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriff zu verteidigen. Und viele ukrainische Soldaten kämpfen seit Beginn des Krieges in den Schützengräben. Eine Ablösung haben sie mehr als verdient.

Doch gerade in Deutschland steht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht ohne Grund im Grundgesetz. Noch vor der Gründung der Bundeswehr wurde es von den Müttern und Vätern der Verfassung dort aufgenommen. Die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs waren ausschlaggebend dafür, Menschen, die aus Gewissensgründen keinen Dienst mit der Waffe leisten wollen, dieses Recht zuzubilligen – und sie stattdessen im Verteidigungsfall zu einem Zivildienst einzuberufen. Und was für Einheimische gilt, sollte und muss an dieser Stelle auch für Angehörige von Drittstaaten gelten.

Deutschland würde sich an seinen eigenen Grundwerten vergreifen, würde es Menschen gegen ihren Willen in einen Krieg schicken, vor dem sie doch bewusst geflohen sind. Die berechtigte Aussage, in der Ukraine würde die freie westliche Welt verteidigt, wäre nicht mehr viel wert, würde man eines der wesentlichen Freiheitsrechte, nämlich die Gewissensfreiheit, auf diese Weise in Frage stellen.

Denn wofür steht die westliche Welt, wenn nicht für die universale Geltung der Menschenrechte ohne Wenn und Aber? Zumal ein laufender Krieg oder Bürgerkrieg in einem Land ohnehin als Abschiebehindernis gilt: Kriminelle Clanverbrecher können nicht nach Syrien abgeschoben werden, weil dort ein Bürgerkrieg tobt und die Sicherheitslage prekär ist. Und auch in Länder wie Afghanistan oder den Sudan wird derzeit niemand abgeschoben.

Aber wenn die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete für Kriminelle ein Tabu ist - wieso soll das dann für rechtschaffene Bürger gelten, die nicht ihr Leben an der Front riskieren möchten?

Ukrainischen Kriegsdienstverweigerern die Passersatzpapiere zu verweigern, und sie damit indirekt womöglich zu einer Reise ohne Rückkehr in ihr Heimatland zu zwingen, ist definitiv der falsche Weg. Sinnvoller ist es, genau das zu machen, was vor Kurzem Bundeskanzler Olaf Scholz betonte: Nämlich alles daran zu setzen, dass diese Menschen hierzulande einen Weg in Lohn und Brot finden. Schließlich gibt es mittlerweile kaum eine Branche in Deutschland mehr, die nicht über Fachkräftemangel klagt. Gut ausgebildete Menschen, die ihre Zukunft hier in Deutschland suchen, zurück an die Front zu schicken, wäre die falsche Entscheidung.

Zumal der Ukraine mit Soldaten, die im Grunde ihres Herzens unwillig sind, zu kämpfen, wohl auch nicht geholfen wäre. Ein Freiheitskämpfer, der von seinem Kampf nicht überzeugt ist, ist kein guter Freiheitskämpfer - und wird es auch nie werden. Weswegen der Ukraine mit umfassenden westlichen Waffenhilfen, den schon lange versprochenen Kampfflugzeugen ebenso wie

den Taurus-Marschflugkörpern am Ende wohl deutlich besser geholfen wäre als mit Soldaten, die den Krieg für sich persönlich ablehnen.